Wie können Bankeinlagen, Renten und grundlegende fiskalische Zahlungen geschützt werden?

ROC40 · Q23 | 2026-11-21

Für gewöhnliche Menschen ist die unmittelbarste Angst bei einem Wechsel der politischen Macht oft keine abstrakte Institution, sondern ob das Geld im Sparbuch noch da ist, ob die Rente im nächsten Monat ausgezahlt wird und ob die Mittel für Schulen und Krankenhäuser versiegen. Sobald eine Finanzpanik ausbricht, können Bankanstürme und Kapitalflucht ein System innerhalb weniger Tage aushöhlen — und Panik entsteht oft aus Gerüchten und Unsicherheit, nicht aus einer tatsächlichen Zahlungsunfähigkeit.

Der Schutz von Einlagen, Renten und grundlegenden fiskalischen Zahlungen ist daher keine „Aufräumarbeit", die erst nach Abschluss eines Übergangs anfällt, sondern ein Versprechen, das bereits in der ersten Woche der Übergangszeit eingelöst werden muss. Ob das Versprechen eingelöst werden kann, hängt von drei Dingen ab: dass die Banken wie gewohnt geöffnet bleiben, dass Renten und Löhne wie gewohnt ausgezahlt werden und dass für das Geld der Staatskasse eine Liste und eine Aufsicht bestehen.

1. Einlagenschutz: Erst das Vertrauen stabilisieren, dann über Reformen sprechen

Der erste Schritt ist ein öffentliches Versprechen, das sofort umgesetzt wird: Die Bankeinlagen der Einwohner sind geschützt, die Einlagenschutzregelung der Übergangszeit bleibt weiterhin wirksam, und der Einlagensicherungsmechanismus unter der künftigen verfassungsmäßigen Ordnung übernimmt dieses Versprechen. Das Versprechen muss konkret sein — wer dafür bürgt, welche Konten abgedeckt sind und an wen man sich bei Problemen wenden kann. Ein vages „Der Staat wird sich schon darum kümmern" beruhigt niemanden, sondern nährt vielmehr die Gerüchte.

Der zweite Schritt besteht darin, die Banken wie gewohnt arbeiten zu lassen. Filialen, Verrechnungssysteme und der Zahlungsverkehr zwischen den Banken dürfen in der Übergangszeit nicht unterbrochen werden; Bankmanager dürfen nicht mit Geldern fliehen, und für große, ungewöhnliche Überweisungen gelten vorübergehend Melde- und Prüfpflichten. Dabei ist eine klare Grenze zu ziehen: Die Kontrollen richten sich gegen das Verhalten der Kapitalflucht, nicht gegen

das Einfrieren der normalen Abhebungen gewöhnlicher Einwohner — denn das Einfrieren normaler Abhebungen erzeugt gerade den Bankansturm, den man eigentlich verhindern will.

2. Renten und Löhne: Eine vorrangige Zahlungsliste

Die Auszahlungslisten und Konten der Renten sollen vor Ort versiegelt, zweckgebunden verwendet und niemals zweckentfremdet werden. Eine Rente ist keine Gunst der Regierung, sondern ein Anspruch, den die Einwohner bereits eingezahlt haben; jede Übergangsregelung, die Rentengelder heranzieht, um andere Löcher zu stopfen, verliert sofort das breiteste Vertrauen. Ebenso vorrangig sind die Löhne der Beamten, der Lehrer und des medizinischen Personals — wie die 21. Frage dieser Reihe bereits dargelegt hat, ist die pünktliche Auszahlung der Löhne das unmittelbarste Signal für die Kontinuität der Verwaltung, und diese Frage verweist auf jene Schlussfolgerung.

Die Ausführung der Zahlungsliste erfordert eine Prüfung durch zwei Personen und öffentliche Aufzeichnungen: Jede größere Zahlung wird von zwei oder mehr Personen genehmigt und hinterlässt eine Spur, und der Fortschritt der Zahlungen der lokalen Finanzverwaltung wird regelmäßig veröffentlicht. Die Veröffentlichung dient nicht dem schönen Schein, sondern dazu, den Gerüchten über einen Bankansturm den Boden zu entziehen: Wenn die Einwohner sehen können, dass das Geld tatsächlich pünktlich ausgezahlt wird, verliert die Panik ihren Brennstoff. Sobald Zahlungsrückstände auftreten, sollen auch die Reihenfolge der Nachzahlungen und die Art ihrer Bearbeitung im Voraus bekannt gegeben werden, damit Einzelfallverhandlungen keine neue Ungerechtigkeit schaffen.

3. Fiskalische Kontinuität: Für das Geld der Staatskasse muss es eine Liste geben

Die zentrale Staatskasse und die lokalen Kassen sollen bei der Übergabe persönlich inventarisiert werden: Bargeld, Konten, Forderungen und Verbindlichkeiten, unerledigte Verträge — jeder Posten wird in eine Übergabeliste eingetragen und durch Unterschrift bestätigt. In der Übergangszeit sind überstürzte Ausgaben, überstürzte Veräußerungen von Vermögen und überstürzte Abschlüsse langfristiger Verträge verboten — solche Handlungen sind, unter welchem Namen sie auch immer auftreten, eine Aneignung zulasten künftiger Steuerzahler.

Die Offenlegung des Haushalts und eine unabhängige Prüfung sollen bereits ab dem ersten Tag der Übergangszeit beginnen: Wohin der Haushalt dieser Periode geflossen ist, wie viel noch übrig ist und woher die nächste Periode ihr Geld nimmt — all das soll in nachprüfbaren Aufzeichnungen festgehalten werden. Ob ein Übergangsplan verlässlich ist (siehe die Beurteilungskriterien

im sechsten einführenden Essay), lässt sich in fiskalischer Hinsicht an einem der härtesten Maßstäbe messen: Nur ein Plan, der sagen kann, woher das Geld kommt und wohin es fließt, verdient Vertrauen.

4. Langfristige Institutionen: Von Notversprechen zu glaubwürdigen Regeln

Notversprechen können nur Zeit gewinnen; langfristiges Vertrauen braucht Institutionen: eine unabhängige Zentralbank und Finanzaufsichtsbehörden, eine gesetzliche Regelung der Einlagensicherung und eine regelgebundene Ordnung der fiskalischen Dezentralisierung. Wie Zentralregierung und Gebietskörperschaften die Finanzgewalt aufteilen, ist das Thema der 32. Frage dieser Reihe; diese Frage verweist vorab darauf, ohne es auszuführen — doch ein Grundsatz lässt sich schon jetzt festlegen: Dezentralisierung muss mit Prüfung und Offenlegung einhergehen, sonst wird Dezentralisierung zum Vorwand für das Zurückhalten von Mitteln vor Ort.

Die institutionellen Optionen in den Sieben-Gesetze-Modelltexten, die mit dem Schutz von Vermögen und der Offenlegung der Finanzen zusammenhängen (vorgeschlagene Modellgesetze, keine geltenden Gesetze), können als Ausgangspunkt für die Diskussion dienen, dürfen aber nicht unmittelbar als bereits in Kraft getretene Gesetze zitiert werden. Das Recht der Einwohner auf Kenntnis und Aufsicht über die Finanzen muss letztlich durch die Gesetzgebung unter der künftigen verfassungsmäßigen Ordnung bestätigt werden — und die öffentlichen Aufzeichnungen der Übergangszeit sind gerade die Belege, die für jenes Gesetz vorbereitet werden.

Das Recht der Einwohner auf Kenntnis soll konkrete Umsetzungsmechanismen haben: Die Einnahmen und Ausgaben der Finanzkonten werden regelmäßig offengelegt, der Fortschritt der Rentenauszahlungen kann abgefragt werden, und bei Kürzungen oder Rückständen gibt es klare Beschwerdewege. Offenlegung ist kein Schlagwort, sondern ermöglicht es jedem einzelnen Einwohner, nachzuprüfen, ob sein eigenes Geld eingegangen ist — wenn alle nachprüfen können, lässt sich eine Zweckentfremdung nur schwer verbergen. Die fiskalische Offenlegung in der Übergangszeit kann auch unabhängige Prüfer und Bürgergruppen zur Mitprüfung einladen, und die Prüfungsergebnisse werden ebenfalls veröffentlicht, sodass eine mehrfache Aufsicht entsteht.

Weiterlesen

Index der vierzig Fragen zur Republik China | 《中华民国四十问》索引 (https://freechina.live/governance-public-policy/third-republic-governance-blueprints/roc-history-constitutional-reconstruction/)

Einführender Essay Nr. 6: Wie lässt sich beurteilen, ob ein Übergangsplan verlässlich ist? (https://freechina.live/?p=21238)

Frage 18: Wer erhält Kommunalverwaltungen, Krankenhäuser, Schulen und grundlegende öffentliche Dienste aufrecht? (eine spätere Frage dieser Reihe)

Frage 32: Wie sollen Zentralregierung sowie Provinz- und Kreisregierungen die Finanzgewalt aufteilen? (eine spätere Frage dieser Reihe)

Nach einem Wechsel der politischen Macht: Wie lässt sich eine Lähmung des Verwaltungssystems vermeiden? (https://freechina.live/%e7%ae%80%e4%bd%93%e4%b8%ad%e6%96%87-simplified-chinese/%e6%94%bf%e6%9d%83%e6%9b%b4%e6%9b%bf%e4%b9%8b%e5%90%8e%ef%bc%8c%e5%a6%82%e4%bd%95%e9%81%bf%e5%85%8d%e8%a1%8c%e6%94%bf%e4%bd%93%e7%b3%bb%e7%98%ab%e7%97%aa%ef%bc%9f/)

Quellenangaben

Index der vierzig Fragen zur Republik China | 《中华民国四十问》索引 (https://freechina.live/governance-public-policy/third-republic-governance-blueprints/roc-history-constitutional-reconstruction/)

Einführender Essay Nr. 6, „Wie lässt sich beurteilen, ob ein Übergangsplan verlässlich ist?" (https://freechina.live/?p=21238) — institutionelle Beschränkungen und nachprüfbare Kriterien, in dieser Frage zitiert

Sieben-Gesetze-Modelltexte (vorgeschlagene Modellgesetze, keine geltenden Gesetze) (https://freechina.live/?p=15848) — Einlagensicherung und andere institutionelle Optionen, in dieser Frage zitiert

Übersetzt aus dem ZH-Hans-Master (veröffentlicht 2026-10-31).

← Zurück zum Index der vierzig Fragen (https://freechina.live/governance-public-policy/third-republic-governance-blueprints/roc-history-constitutional-reconstruction-40-questions/)

Auch verfügbar in: 简体中文 (https://freechina.live/%e7%ae%80%e4%bd%93%e4%b8%ad%e6%96%87-simplified-chinese/%e5%a6%82%e4%bd%95%e4%bf%9d%e6%8a%a4%e9%93%b6%e8%a1%8c%e5%ad%98%e6%ac%be%e3%80%81%e5%85%bb%e8%80%81%e9%87%91%e5%92%8c%e5%9f%ba%e6%9c%ac%e8%b4%a2%e6%94%bf%e6%94%af%e4%bb%98%ef%bc%9f/) · 繁體中文 (https://freechina.live/%e7%b9%81%e9%ab%94%e4%b8%ad%e6%96%87-traditional-chinese/%e5%a6%82%e4%bd%95%e4%bf%9d%e8%ad%b7%e9%8a%80%e8%a1%8c%e5%ad%98%e6%ac%be%e9%a4%8a%e8%80%81%e9%87%91%e5%92%8c%e5%9f%ba%e6%9c%ac%e8%b2%a1%e6%94%bf%e6%94%af%e4%bb%98/) · English (https://freechina.live/english/how-can-bank-deposits-pensions-and-basic-fiscal-payments-be-protected/) · Français (https://freechina.live/francais/comment-proteger-les-depots-bancaires-les-pensions-et-les-paiements-budgetaires-de-base/) · Español (https://freechina.live/espanol/como-proteger-los-depositos-bancarios-las-pensiones-y-los-pagos-fiscales-basicos/)